

Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

Darius Ribbe / Wolfgang Wessels

Krisen sind nicht nur die Stunde der Exekutiven, sondern auch der Intellektuellen. Regierungschefs ringen um ein Bündel von Maßnahmen, die teilweise gestern noch als undenkbar eingestuft wurden und heute als unvermeidlich gelten. Öffentliche Diskussionen streiten um die Deutungshoheit, wie Krisen zu verstehen und insbesondere zu bewältigen sind. Gemeinsam ist beiden die tiefe Verunsicherung über die Lage und den Weg voraus. Charakterisiert sind Krisen in der politischen Wahrnehmung durch die Furcht vor einer überraschenden existentiellen Bedrohung, für die kein Regelwerk vorliegt oder zumindest nicht erprobt ist.

Die medial verstärkten Wahrnehmungen seitens Intellektueller sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler folgen in der Regel einigen Grundmustern: Danach bestätigen Krisen die bereits vor langer Zeit vorgelegten Analysen – der Zeitpunkt und die Intensität mögen punktuell nicht vorhersehbar sein, waren aber entsprechend tradierter Annahmen zu erwarten. Zur Bewältigung entsprechen die häufig politisch erreichbaren Stückwerkmaßnahmen nicht den konstatierten Notwendigkeiten; die Krisen erfordern vielmehr grundsätzliche Reformen. Ein Schlüsselsatz ist dann: Europa muss sich neu erfinden. Die Forderung nach einem Neubeginn durch einen großen Wurf findet sich in jeder gefühlten Krise quer durch die Europäische Union in der ‚grand débat européen‘.

Überraschend ist bei vielen Analysen, dass trotz erheblicher Kontroversen ein weit verbreitetes und tief empfundenes – wenn auch diffuses – Grundverständnis zu beobachten ist: Die Union – insbesondere nach den geforderten Reformen – ist von fundamentaler Bedeutung. Auch die Mehrzahl der unionsweiten Reaktionen auf das Brexit-Referendum weisen ein derartiges Grundverständnis auf – nicht zuletzt bei vielen Stimmen aus dem Vereinigten Königreich.

Ein Tenor ist fast durchgängig gleichlautend: Die Bürgerinnen und Bürger müssen mitgenommen werden. Eine grundsätzliche Zustimmung des Volkes („permissive consensus“; siehe Inglehart 1970; Lindberg und Scheingold 1970), die den politischen Eliten lange Zeit einen breiten Spielraum einräumte, wandelte sich zu einem grundsätzlichen Misstrauen gegen die ‚da oben‘ und besonders gegen Brüssel („constraining dissensus“; siehe Hooghe und Marks 2009).

Bei allen Unterschieden in der Analyse und trotz grundsätzlicher Gegensätze bei den Reformstrategien scheint eine weitere Schlussfolgerung Allgemeingut: Die Europäische Union 2016, so wie sie sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, ist eine Fehlentwicklung, die nur begrenzt zu Reformschritten in der Lage ist. Beliebt und weit verbreitet ist eine Argumentation, die einzelne, auf den ersten Blick offensichtliche Unzulänglichkeiten als Beispiel für die fundamentalen Defizite des Systems nimmt. Die Europäische Kommission und der Gerichtshof der Europäischen Union werden dann häufig unreflektiert zu beliebten Sündenböcken.

Aber in den pluralistischen Gesellschaften Europas gibt es keinen allseits akzeptierten Heilsweg, mit dem die Entscheidungsträger konfrontiert werden können. Vielmehr ist eine vielfältige Bandbreite an Stimmen und Stimmungen zu beobachten, die unterschiedliche, ja konträre Lösungsmöglichkeiten propagieren. Plädiert wird so gleichzeitig für einen großen föderalistischen Sprung vorwärts, wie für eine umfassende Zurückverlagerung auf den souveränen Nationalstaat. Unter dem Vorzeichen der Subsidiarität soll die Europäische Union sich dann nur noch mit großen Herausforderungen – was immer diese sein mögen beziehungsweise dies bedeuten möge – beschäftigen.

Die Brexit-Abstimmung als Auslöser

Im wohl deutlichen Unterschied zu anderen Bedrohungslagen im vergangenen Krisenjahrzehnt traten 2015/2016 gleichzeitig mehrere und unterschiedlich gelagerte Krisen auf. Für den näheren Zugang stellt sich häufig die Kernfrage, welche der Krisen von größerer oder exemplarischer Bedeutung ist: Die Stabilisierung der Eurozone – insbesondere um die Maßnahmen für Griechenland – trat in eine neue Phase, die Flüchtlingsproblematik stellte die Union vor bisher so nicht bekannte Herausforderungen, insbesondere bezüglich solidarisches Handeln; die Brexit-Abstimmung im Vereinigten Königreich schließlich wurde als Erdbeben unter den Fundamenten der Union verstanden. In vielen Debatten ist der Brexit ein Auslöser, ein Katalysator, der wie ein Brennglas verschiedene Strömungen bündelt: So führte er zu einer weiteren Intensivierung von Grundsatzdebatten (Krieger et al. 2015), stieß weitere Vorschläge für eine differenzierte Integration mit dem Konzept eines „Kerneuropas“ an, das dann häufig als Feindbild fungierte. Zudem bildet er den Anlass für verstärkte Debatten um Nation, Identität und die Bürgernähe der europäischen Institutionen und Europapolitik, die durch Entwicklungen zum Euroskeptizismus und Stimmengewinne populistischer Parteien verstärkt werden. Bei derartigen Diskussionen treten zunehmende Digitalisierung, Globalisierung und Vernetzung durch das Internet als Akzeleratoren auf, die Probleme und Herausforderungen stärker ins Bewusstsein einiger meinungsbildender Gruppen bringen und gleichzeitig die Notwendigkeit für Orientierung und klare Strukturen innerhalb der Union schaffen (Weidenfeld/Armbruster 2016).

Zur Beziehung zwischen europäischer und nationaler Identität: Ein Nullsummenspiel?

Die Krisen motivieren die Beschäftigung mit Grundfragen – so mit der immer wieder eingebrachten, aber selten zufriedenstellend bearbeiteten Untersuchung einer europäischen Identität, die häufig in einer Schlüsselfrage mündet: „(Ist) Europa eine Bedrohung für die nationale Identität“ (Navracsics 2016)? Hassner (2015, S. 311-317), seit Jahrzehnten einer der führenden französischen Politikwissenschaftler, identifiziert mehrere Schwierigkeiten bei der Bildung einer europäischen Identität. Auf der Grundlage eines einmaligen wissenschaftlichen Lebenswerks zu Integrationsphänomenen fragt insbesondere Schneider (2015): „Ist das Thema abschiedsreif? Oder nötigen die Krisen zu einem neuen Begriffsverständnis?“ Die europäische Identität im Rahmen von sechs Narrativen zur europäischen Integration untersuchen Manners und Murray (2015) vor dem Hintergrund von Bildern zur Europäischen Union. Dabei ist die demokratische Verfassung der Mitgliedstaaten und der Union für Fukuyama (2016) kein ausreichend einigendes Merkmal für eine europäische Identität: Menschen, die sich von Globalisierung und Liberalisierung abgehängt fühlten, wendeten sich, aufgrund empfundener Unterrepräsentation, von der Union ab und populistischen Kräften zu. Andere sehen gerade in der demokratischen Verfasstheit der Union das

wesentliche Mittel gegen eine zunehmend anarchische Weltordnung und fundamentalistische, ideologische Bedrohungen (Toulemon 2016). Datler (2016) analysiert den Einfluss europäischer Identitäten auf die Einstellung gegenüber Nicht-Europäerinnen und Europäer und stellt fest, dass sich eine europäische Identität nicht unbedingt von nationalen Identitäten unterscheidet, es jedoch eine europäische Identität gebe, die eng mit „Offenheit und Toleranz verbunden“ sei.

Mit Bezug auf das Phänomen legt eine führende Juristin und Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine „Liebeserklärung“ vor. Sie identifiziert ein „Paradoxon, dessen Wertekorsett in Gefahr ist“: „Europa lässt die Herzen kalt und ist doch eine Herzensangelegenheit“ (Nussberger 2016). Festgestellt wird auch: „Europa überragt die Nation(en)“ (Schmid 2016).

Einen historischen Beitrag zur europäischen Identität liefert Reinhard (2016a), wenn er in seinem Werk den Einfluss des europäischen Expansionsstrebens und der Kolonialisierung beschreibt, welcher nicht nur die Welt geprägt, sondern eben auch Europa verändert habe. Die Geschichte der Gründungsfiguren und entsprechende Narrative über die Union beschreibt das Mitglied des Europäischen Parlaments Martín de la Torre (2014). In „Nachdenken über Europa“ (Böttcher 2016) wird die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit „europäischen Grundvorstellung[en]“ über vierzig Jahre – und damit die Entwicklung historisch bedingter Narrative – nachgezeichnet. Gleichzeitig wirbt der ausgewiesene Historiker Winkler (2016) für eine Redefinition des „Westens“ und „Osteuropas“, als Teil der europäischen Selbstdefinition (ebenso Hesse 2016). Ähnlich kritisiert Boatcă (2015) den Begriff der „westlichen Moderne“ und eröffnet einen Diskurs über eine „fragwürdige Europäität“ und Diversität der europäischen Identität(en). In der juristischen Debatte wird die Frage nationaler und europäischer Identität eng verknüpft mit der Rechtstradition des nationalen Rechts und der Diskussion um den Vorrang des europäischen Rechts (Corrias 2016). Eine Verbindung von Identitätsbildung und Eurokrise ziehen McNamra und Matthis (2015), indem sie die krisenbezogene Unterscheidung zwischen Nord- und Südeuropa kritisch beleuchten. Demgegenüber analysiert Lепенies (2016), eine wissenschaftliche Autorität in den Sozialwissenschaften, die politische Identität Frankreichs im Wechselspiel zwischen einer „lateinischen“ Orientierung und den Herausforderungen als Brücke zwischen Nord- und Süd-Europa, nicht zuletzt mit dem immer wiederkehrendem Anspruch, in Europa eine verstärkte Rolle zu spielen.

Der ‚Turn‘ zu Desintegrationsansätzen

Die Wahrnehmung von Krisen hat erneut einen Wechsel theoretischer Untersuchungsperspektiven – einen sogenannten ‚Turn‘ – ausgelöst. Nach den *governance* (Kohler-Koch und Rittberger 2006), *constitutional* (Wiener und Dietz 2004), *constructivist* (Eilstrup-Sangiovanni 2006), *linguistic* (Checkel 2007), *representative* (Kröger und Friedrich 2013) und *practice* (Adler-Nissen 2015) ‚Turns‘ setzte die (politik-)wissenschaftliche Debatte einen Schwerpunkt bei der Erklärung von Krisen der Integration und deren Auswirkungen. Ausgelöst durch politische Entwicklungen – etwa den Aufstieg des Populismus und der Brexit Debatte – thematisiert eine neuere Welle von Beiträgen Ursachen und Folgen von Desintegration (Bulmer und Joseph 2015, S. 2; Vollaard 2014; Webber 2014; Eppler und Scheller 2013). Konstatiert werden in der Regel die Grenzen der Aussagefähigkeit traditioneller Ansätze – wie des Konzepts eines ‚spill back‘ des Neofunktionalismus, in dem Desintegration zunächst nicht explizit formuliert wurde (Lefkofridi und Schmitter 2015).

Desintegration wird als der dominante strukturelle Prozess hinter den aktuellen Entwicklungen analysiert, offensichtlich bei den Entwicklungen um den Brexit, sowohl durch das Handeln der Nationalstaaten bei internationalen Abkommen als auch die Beziehungen zur Türkei im Rahmen der Flüchtlingsdebatte (Cannizzaro 2016). Dabei erweist sich dieses höchst aktuelle Thema integrativer Rückbildung als lange stark unterrepräsentiert in der wissenschaftlichen Debatte, was Scheller und Eppler (2014, S. 5) dazu veranlasst, einen pro-Integrations-Bias in der Forschung zu diskutieren. Im Hinblick auf die von dem Europäischen Rat (2016c) selber proklamierten „unterschiedlichen Integrationspfade“ für die Mitgliedstaaten, welche nicht zwingend auf ein einheitliches Ziel hin vollzogen werden müssten, sei die Perspektive einer zunehmenden vertikalen Integration hin zu mehr Europa zumindest fraglich (Tekin 2016, S. 6). In der Debatte um differenzierte Integration im Zuge des Brexit-Votums sehen einige Autorinnen und Autoren das Risiko, in Zukunft könne das nationalstaatliche Interesse dauerhaft die europäische Solidarität als Leitgedanken europäischer Politik ablösen (von Ondarza 2016). Capaldo (2015) verbindet die Verhandlungen um das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) mit den Entwicklungen europäischer Desintegration. Klinke (2015) befasst sich in seinem Überblick geostrategischer Arbeiten ebenfalls mit Desintegration im Bereich der Handelsbeziehungen. Allgemeiner fragt Tsoukalis (2016), ein ausgewiesener griechischer Politikökonom, „Can the European Project be saved?“, und analysiert die aktuellen, krisenbezogenen Desintegrationstendenzen mit Blick auf die Zukunft und einer möglichen Rettung des Projekts Europa. Ähnlich wie einer der führenden Sozialwissenschaftler, Streeck (2013) in seiner markanten Darlegung der Ursachen für die Eurokrise, verbindet Tsoukalis seine Analyse mit dem Ordnungsrahmen der Währungsunion und beschreibt die aus ihr folgende Spaltung innerhalb der Union.

Deutschland als europäischer Hegemon: A never ending story

Bei der Bewältigung von Krisen und den analysierten Machtdifferenzen zwischen den Mitgliedstaaten stellen sich auch immer wieder Fragen nach den Stellungen einzelner, prägender Nationalstaaten innerhalb der Union. Gerade mit einer (möglichen) Führungsrolle der Bundesrepublik Deutschland befassten sich unterschiedliche Autorinnen und Autoren im Zuge der Krisenpolitik der Union. Den Antagonismus zwischen gewollter Verantwortungsübernahme durch die Bundesrepublik und einer vermeintlichen deutschen Hegemonie diskutiert der Politikwissenschaftler Sturm (2015) mit dem Verweis auf mangelnde empirische Belege einer deutschen Dominanz. Er bezeichnet dabei emotional überschwängliche Kritik an deutscher Europapolitik als „Bashing“ (Sturm 2015, S. 12). Kundnani (2016) zieht den Schluss, Deutschland sei weder in der Lage, noch Willens dazu, als umfassender europäischer Hegemon aufzutreten. Heath (2016) sieht in seinem Ranking der „Power“ europäischer Staats- und Regierungschefs Angela Merkel jedoch an der alleinigen Spitze. Die Diskussion um die Rolle Deutschlands bei der Gestaltung europäischer Politik charakterisiert eine der führenden deutschen Integrationswissenschaftlerinnen, Lippert (2015), gar als die „Rückkehr der deutschen Frage“.

In dieser Argumentation wird auch ein weiterer theoretischer Perspektivenwechsel deutlich. Zu den konstatierten Umorientierungen kann auch eine verstärkte Nutzung geopolitischer Ansätze gezählt werden, die entsprechend von der Lage Deutschlands „allein und mächtig in der Mitte“ Lehren aus der „Weltgeschichte der Geopolitik“ zieht (Diner 2016). Mit dem Begriff „Macht in der Mitte“ greift der medienbekannte Politikwissenschaftler Münkler (2015) eine geopolitisch geprägte Fragestellung nach der Rolle Deutschlands als

„Hegemon“ (Bulmer und Joseph 2015) auf. Zurückgreifen sollte man für diese Diskussion auf die Arbeiten zur „Zentralmacht“ (Schwarz 1994). In Anlehnung an Theorien des Aufstiegs und Falls von Imperien (Kennedy 1987) wird auch die Europäische Union in einer „kurzsichtigen wirtschaftlichen und politischen Überdehnung [gesehen]“ (Reinhard 2016b). Gerade die Entwicklungen in der Eurozone werden im Hinblick auf die geopolitischen Machtstrukturen beleuchtet (Kundnani 2016). Dabei beobachtet Streeck (2016) – auch im Zuge der Flüchtlingspolitik der Europäischen Union – eine Wendung von internen Diskussionen zwischen den Staats- und Regierungschefs hin zu einer „Führung“ der Bundeskanzlerin Merkel, welche die übrigen Mitgliedstaaten im Schlepptau halte.

Kontroversen zur Eurokrise und zur Rolle der EZB

Die nun seit einem halben Jahrzehnt andauernde Krise um die Eurozone war erneut Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und Debatten (Streeck und Battiston 2015). Die Ursachen und die Entstehung der Finanzkrise werden dabei unterschiedlich eingeordnet. Die „Konsens-Sicht“ (Baldwin und Giavazzi 2015) sieht keine Staatsschuldenkrise, sondern das plötzliche Ausbleiben ausländischer Direktinvestitionen in den Krisenstaaten – eine sogenannte ‚Sudden Stop‘-Krise – im Mittelpunkt der Entstehungsgeschichte der Finanzkrise. Hinzu kämen der Versuch, private Kreditinstitute zu retten, sowie eine ineffiziente Krisenpolitik. Demgegenüber steht die „nuancierte Sicht“ (Feld et al. 2016) von vier deutschen Ökonominen und Ökonomen, die institutionelle Faktoren stärker betonen; nicht nur die Kapitalgebenden hätten die schlechten Investitionen der Kapitalnehmenden übersehen, zugleich trügen die Krisenstaaten durch Verschuldung und schlechte Investitionen eine große Verantwortung. Brunnermeier und Reis (im Erscheinen) lenken die Aufmerksamkeit der Diskussion auf Prozesse an den Finanzmärkten und mit ihnen einhergehende „Selbstverstärkungseffekte“. Der amerikanische Nobelpreisträger Stiglitz (EurActiv mit AFP 2016) kritisiert die deutsche Krisenbewältigungspolitik scharf, indem er die Sparpolitik der Bundesregierung als falsch zurückweist und einen Austritt Deutschlands aus der Union als „einfachsten“ Weg aufzeigt. Stiglitz (2016) leitet aus seiner Analyse Alternativen zur bisherigen Austeritätspolitik ab, die umfassende Reformen der Eurozone beinhalten. Ebenso legen Höpner, Scharpf und Streeck (2016) Reformvorschläge vor, die – ähnlich wie Stiglitz – flexible „Wechselkursanpassungen“ vorsehen.

Einen Schwerpunkt in dieser Debatte bildeten die Kontroversen um die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) und deren vertragsrechtliche Vereinbarkeit. Steltzner (2016) wägt zwischen der berechtigten Kritik an den Maßnahmen der EZB und den Versäumnissen der Politik ab, welche die gewonnene Zeit nicht genutzt hätte. Der Politikwissenschaftler Höing (2016) argumentiert, dass im Rahmen fester Wechselkurssysteme in der von der Zentralbank gekauften Zeit interne Abwertungen in den Mitgliedstaaten erfolgen müssten, um deren Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen. Andere Ökonominen und Ökonomen hinterfragen die Fundamente der Geldpolitik der EZB und das zugrunde liegende Mandat für ihre Entscheidungen (Mayer 2016a). Verteidigt werden die geldpolitischen Maßnahmen der EZB von ihrem Direktorium, eine Kritik an der Niedrigzinspolitik zu Lasten von Spendenden sei verkürzt, da auch die Lohnentwicklung, Investitionsanreize und die allgemeine Wirtschaftslage in das Maßnahmenkalkül der Bank einbezogen werden müssten (Cœuré 2016).

Neben der ökonomisch geprägten Diskussion verdichtete sich die rechtswissenschaftliche Debatte. Vor dem Hintergrund des ‚Outright Monetary Transactions‘ (OMT)-Konzepts der EZB bildete das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (2016) einen Schlüsseltext. Vom ‚Ordnungsruf aus Karlsruhe‘ (Wieduwilt 2016) aufgrund der Beschwerde mehrerer tausend Klagenden ist die Rede. Im Urteil setzte das Gericht der EZB zwar Grenzen, billigte jedoch den Beschluss des EZB-Rates zum OMT (Plickert und Wieduwilt 2016). Eine Grundsatzfrage bei diesem Vorgang bildete die Form und Intensität der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Gerichtshof der Europäischen Union. Murswiek (2016) legt hierzu eine umfassende Sammlung seiner Schriftsätze aus den Verhandlungen gegen die Euro-Rettungspolitik vor, in der er fragt: „Fehlt [der EZB] für ihre Politik die demokratische Legitimation?“ Ähnlich verortet Seidel (2014) das Bundesverfassungsgericht als „Bollwerk gegen fehlerhafte Entwicklungen des europäischen Verfassungsprozesses“ und beschreibt dessen Rolle als „in Konflikt“ mit dem Europäischen Gerichtshof. Im Zuge dessen werden die Verhandlungen über die OMT als „Machtprobe“ stilisiert (Plickert und Jahn 2016). Als Folge der wachsenden gerichtlichen Auseinandersetzungen mit den Maßnahmen der EZB und innerhalb der Eurozone erheben sich Rufe nach Anpassungen des rechtlichen Rahmens. Einen umfassenden Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Bankenunion liefern Binder und Gortsos (2016). Für Höpner und Spielau (2015) hat die Eurokrise durch ihre Erschütterung der Grundfesten der Währungsunion zu einer Öffnung der Debatte beigetragen, sodass Alternativen – wie diskretionäre Wechselkurse – ohne „Tabus“ diskutiert werden können und sollten. Seidel (2015a) zeigt, dass der Einführung einer Parallelwährung weder politische, strukturelle, ökonomische oder rechtliche Gründe im Wege stehen. Die von ihm analysierte Krise der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union und Gefährdung der Demokratie durch die Missachtung der „rule of law“ (Seidel 2015b) und der Vertragsbrüche im Rahmen der Rettungspolitik zeigten die Dringlichkeit für Reformen. Als potentielle Gefahr sieht Dehousse (2015, S. 14) die zunehmende Kluft zwischen einer immer weiter integrierten, internationalen Wirtschaft und den nur schwach koordinierten Regulationsmechanismen, welche die Entstehung erneuter Krisendynamiken begünstigen könnten. In einem ähnlichen Kontext diskutiert Ferrera (2016) die Bemühungen der Krisenstaaten, die politischen Vorgaben aus Brüssel umzusetzen, um sich derart für zukünftige Krisen zu wappnen.

Deutsche Ökonomen weisen darauf hin, dass die EZB nicht wie eine nationale Notenbank agieren könne (Fratzscher 2016). Das frühere Mitglied des Direktoriums der EZB, Issing (2016), sieht die Zentralbank als „unabhängiger, als es die Bundesbank war“, und kritisiert zugleich ihren allgemeinen Kurs, der den Einfluss von Geld und Kredit in der Finanzwirtschaft vernachlässige. Zudem werde für Fratzscher (2016) die Glaubwürdigkeit der Notenbank durch emotional geführte Debatten beschädigt. Die Kritikerinnen und Kritiker der EZB hätten keine Alternativvorschläge – bliebe die EZB untätig, hätte dies gravierende Auswirkungen. Vielmehr – so wird argumentiert – sollten die Spielräume des Fiskalpaktes vollumfänglich genutzt, die Fiskalpolitiken im europäischen Dialog harmonisiert und die expansive Geldpolitik weitergeführt werden (Fratzscher et al. 2016). Dem setzten führende deutsche Volkswirte, Sinn und Schnabl (2016), entgegen, dass durch die Nullzinspolitik die Allokationsmechanismen des Zinses außer Kraft gesetzt worden seien und langfristig das Vertrauen in die Notenbank gravierend beschädigt werden könne. Sie

befürworten eine stärkere Austerität der Staaten, eine Reform des Stimmrechts im EZB-Rat nach Haftungsanteilen, ein Entscheidungsquorum von 80 Prozent bei Entscheidungen mit fiskalischer Wirkung und ein Ende der asymmetrischen Kreditgewährung. Sie diskutieren auch die Möglichkeit eines zeitweisen Austritts aus der Eurozone.

Von deutschen Ökonominen und Ökonomen wird bei dieser Debatte jedoch darauf hingewiesen, dass die Unabhängigkeit der EZB gerade auf dem Bestreben deutscher Politik fuße, welche nun Kritik an den für sie unvoreilhaften Entscheidungen der Zentralbank übe (Hank 2016). Eine Möglichkeit, die EZB nach den Vorstellungen der deutschen Regierung zu reformieren, sieht Hank (2016) ob der vertraglichen Entscheidungsregeln nicht. Kundnani (2016) argumentiert, dass die gerade von deutscher Seite geführte Debatte um die Stabilität in der Eurozone ein Zeichen deutschen „geoökonomischen“ Handelns sei, bei dem anstelle von militärischer nun die „geoökonomischen“ Mittel genutzt werden.

Argumente für eine vertiefte Integration, Vollendung der Währungs- und Bankenunion und Politisierung der Kriseninstrumente präsentiert Enderlein (2016). Im Zuge der Eurokrise wird auch die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten auf die Tagesordnung der Forschung zur europäischen Integration gerückt. So wird zumeist die Notwendigkeit stärkerer Harmonisierung nationaler Wirtschaftspolitiken konstatiert (Hagemann und Kromphardt 2015). Andere stellen der Vollendung der Währungsunion unabdingliche Verschärfungen der Kontrollmechanismen der Bankenunion an die Seite (Hishow 2016). Dullien (2016) analysiert in diesem Zusammenhang die „mangelnde makroökonomische Koordination“ im Zusammenspiel mit „anhaltender Wachstumsschwäche“ als größte Herausforderung für die Vollendung der Währungsunion.

Als einen fundamentalen Faktor innereuropäischer Differenzen in der Währungsunion sieht unter anderem Streeck die unterschiedlichen Spielarten des Kapitalismus in Nord- und Südeuropa (Streeck und Elsässer 2016; Streeck 2015). So schaffe der Euro langfristige Abhängigkeiten einer „Peripherie“ an Mitgliedstaaten, begrenze den Handlungsspielraum der nationalen Politik und führe derart zu steigenden Konflikten in und zwischen den Mitgliedstaaten, die den Integrationsbestrebungen zuwiderlaufen (Streeck und Elsässer 2016, S. 19-20).

In der Betrachtung der Eurokrise sind auch Debatten über die Aussagefähigkeit politikwissenschaftlicher Theorie zu stellen: So argumentiert Schimmelfennig (2015a), dass in der Krisenbewältigungspolitik der Europäische Rat die letztliche Entscheidungsmacht im Sinne des liberalen Intergouvernementalismus ausübe. Darüber hinaus sieht die Fusions- theorie von Wessels (2016) sowohl verstärkte intergouvernementale als auch verstärkte supranationale Elemente bei der Krisenbewältigung durch das „neue Zentrum der politischen Schwerkraft der Politikgestaltung in der Europäischen Union“ (Puetter 2014, S. 68), den Europäische Rat.

„Brexit“ als Thema

Das Brexit-Referendum ist eines der dominierenden Themen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit europäischer Integration der vergangenen Monate. Dabei weist nicht nur die große Zahl der Publikationen, sondern auch die Einrichtung eines eigenen Forschungsbereiches am Economic and Social Research Council, dem britischen Äquivalent zur Deutschen Forschungsgemeinschaft, die hohe Relevanz des Themas aus (Economic & Social Research Council 2016).¹

Die Verhandlungen um die Sonderkonditionen für Großbritannien waren im Vorfeld des Referendums Teil einer kontroversen und emotional geführten Debatte, in der das britische Nationalinteresse einen Schwerpunkt bildete (Frankenberger 2016). Nicht zuletzt wurden die negativen Einflüsse der Verhandlungen auf die europäische Integration von Dabrowski (2016) analysiert. Im Zuge der Brexit-Debatte finden sich zudem zahlreiche Beiträge über die (Parlaments-)Souveränität in Großbritannien und Analysen zu den in der Diskussion vorgebrachten Argumenten (Elliott 2016; Mason 2016; Zastrow 2016).

Eine allgemeine Analyse des Verhältnisses von Europäischer Union und Großbritannien legt Bogdanor (2016) als Grundlage zum Verständnis des Brexit vor. Speziell die besondere Komplexität des Austrittsverfahrens und mögliche Erneuerungsdynamiken aus dem Votum beleuchten Lippert und von Ondarza (2016) vom Thinktank Stiftung Wissenschaft und Politik, während van Ham (2016) die strategischen Auswirkungen des Brexit untersucht. Im Rahmen der Brexit-Entscheidung wird auch zunehmende Kritik an den europäischen Institutionen, vor allem an der Arbeit des Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, laut (Heath und Eder 2016; Maliszewski 2016; Maurice 2016; Gotev 2015). Zudem rückt die Federführung auf Seiten der Union durch die Uneinigkeit von Kommission und Europäischem Rat in den Fokus der Betrachtung (Duff 2016a; Heath und Eder 2016). Den legalen Rahmen des britischen Austritts aus der Europäischen Union steckt Peers (2016) in seiner umfassenden Analyse des Brexit ab. Eine Analyse der europäischen Rechtsgemeinschaft in Bezug auf das Brexit-Votum legt Asch (2016) vor. Den Art. 50 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) betrachtet auch Duff (2016a), indem er die Austrittsmodalitäten beleuchtet. Darin unterstreicht er, dass die britische Premierministerin durch den Vorrang europäischen Rechts zur Einberufung des Art. 50 EUV verpflichtet sei, um sich nicht der Kritik des Gerichtshofes der Europäischen Union auszusetzen (Duff 2016a). Aus dem Brexit-Votum leiten unterschiedliche Autorinnen und Autoren Reformbedarf für die Union ab, gerade im Hinblick auf die Herausforderungen der Krisen und die Kosten der Migration (Mayer 2016b; Merritt 2016). Diesbezüglich werden auch Fragen nach den sicherheitspolitischen Auswirkungen des Brexit erhoben (Carrera et al. 2016).

Reformen und differenzierte Integration

Die Vielzahl und Vielfalt der Krisen haben nachhaltige Anstöße für die jahrzehntelangen Diskussionen um Reformen der Europäischen Union gegeben. Zu beobachten ist die Renaissance traditioneller, aber immer wieder aktueller Konzepte wie unterschiedliche Formen differenzierter Integration einschließlich des politisch besonders kontroversen Begriffs eines „Kerneuropas“.

¹ Weitere Informationen sind abrufbar auf der Homepage des Forschungsbereichs: <http://www.ukan.deu.ac.uk/> (letzter Zugriff: 18.10.2016).

Das Ergebnis des Brexit-Votums spült gleichsam neues Wasser auf die Mühlen der Verfechterinnen und Verfechter differenzierter Integration. Dieses Konzept von Formen unterschiedlicher Rechte und Pflichten von Mitgliedstaaten ist über Jahrzehnte hinweg häufig diskutiert worden. Mit den jüngsten Herausforderungen und zunehmender Euroskepsis in manchen Mitgliedstaaten, gewinnt die Idee eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten jedoch zunehmend an politischer und wissenschaftlicher Relevanz (Duttle 2016). Einen umfassenden allgemeinen Überblick über die Formen differenzierter Integration bietet Stratenschulte (2015), mit Schwerpunkten zu Formen der abgestuften Integration im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik und dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Grundsätzlich diskutieren Leruth und Lord (2015), ob es sich bei der differenzierten Integration eher um einen Prozess, ein System, einen Ansatz oder gar eine Theorie handle. Die Europäische Union als ein System differenzierter Integration analysieren die Integrationsforscher Schimmelfennig, Leuffen und Rittberger (2015). Sie analysieren die zunehmende Politisierung und supranationale Interdependenzen als Triebfedern differenzierter Integration. Auch im Bereich regionaler Integration wird der Einfluss der Krisen diskutiert (Saurugger und Terpan 2016; Teló und Fawcett 2015). Dabei werden sowohl exogene Einflussfaktoren der Krisen, als auch der endogene Krisenumgang durch Akteure in die Debatte um die Einflüsse auf regionale Integrationsschemata einbezogen. Als Folge von Desintegrationsprozessen wird die bisherige Dualität von weiterer Integration oder differenzierter Integration zur „Trinität“, da nun auch Desintegrationsansätze Einzug in die wissenschaftliche Diskussion finden müssten (Chopin und Lequesne 2016): Trotz der Ungewissheit über die Auswirkungen des Brexit steht für die Autoren fest, dass die Zukunft Europas maßgeblich von zunehmender Differenzierung bestimmt sein werde (Chopin und Lequesne 2016, S. 545). Tekin (2016) nimmt für den tatsächlichen Austritt des Vereinigten Königreichs ebenfalls eine zunehmende Differenzierung und die Bildung eines Kerneuropas an. Zu den unterschiedlichen Konzeptionen der „Kerneuropa-Idee“ in der wissenschaftlichen und politischen Debatte liefert Loth (2015) einen umfassenden Überblick. Den verschiedenen Ansätzen zur differenzierten Integration und der „Kerneuropa-Idee“ widmet sich auch Riedberger (2016b) im ideengeschichtlichen Kapitel ihrer Analyse der „EU zwischen einheitlicher und differenzierter Integration“ (Riedeberger 2016a).

Im Fokus der wissenschaftlichen Debatte um Differenzierungsansätze stand auch der Einfluss der verstärkten Flüchtlingsproblematik im Schengenraum. Mit seinem Urteil² habe der Gerichtshof der Europäischen Union die „opt-out Regelungen“ im Schengenraum im Rahmen internationaler Verträge bestärkt, gleichzeitig jedoch ein „Europe à la carte“-Verständnis ausgeschlossen (Miglio 2016). Als Beitrag zur Reformdebatte leitet S. Fabbri (2016b) aus den krisenbegründeten Interessenskonflikten der Mitgliedstaaten die Notwendigkeit zur Vertragsreform für eine verfasste, „demokratisch föderale Union“ her. Marhold (2015, S. 142-143) analysiert im Rahmen der Krisenpolitik in der Union eine zunehmende Föderalisierung der gelebten Verfassung, wobei er den Europäischen Rat als intergouvernementale Institution oder aber föderales Instrument der Subsidiarität umreißt. Andere sehen die Krisenmentalität der Bürgerinnen und Bürger, sich schutzsuchend den Nationalstaaten zuzuwenden, als Grund für europäische Reformen, mit dem Ziel vertiefter Integration bei gleichzeitig zu stärkender demokratischer Legitimation und Rechenschafts-

2 Gerichtshof der Europäischen Union: Urteil des Gerichtshofs (große Kammer) vom 8. September 2015, Königreich Spanien/ Europäisches Parlament, Rat der Europäischen Union: Urteil C-44/14, in: Amtsblatt der EU C 363/8, 3. November 2015.

pflicht der europäischen Institutionen (Techau 2015). Aus den Implikationen der Eurokrise folgert F. Fabbrini (2016a) die Notwendigkeit zur Stärkung einer direkt gewählten Präsidentschaft des Europäischen Rates. Anders sieht Fossum (2016) die Notwendigkeit, die europäischen Institutionen im Entscheidungsprozess stärker zu verschränken. Umfassende Reformvorschläge – durchführbar im Rahmen der aktuellen Verträge – bringt ein führender Brüsseler Thinktank in die Diskussion ein (Calliess 2014; Centre for European Policy Studies 2014). Andere haben die Notwendigkeit und Möglichkeiten für ein supranationales, demokratisches Europa im Rahmen der Krisen erörtert (Habermas 2014). An die häufig theoretisch geführte Debatte um eine (demokratischere) Zukunft der Europäischen Union schließen sich konkrete Vorschläge an. So diskutieren Müller Gómez und Wessels (2016) die Benennung von Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zur Europawahl 2014 und mögliche zukünftige Basisabstimmungen über die Nominierung als denkbaren ersten Schritt zu einer Direktwahl des Kommissionspräsidenten – einer Demokratisierung im Habermasschen Sinn. Anders die Vision Willkes (2014), der – bei anspruchsvollen Problemen – für ein freiwilliges Zurücktreten der Parlamente zu Gunsten technokratischer Gremien als effiziente Problemlösungsstrategie plädiert.

Eine Blaupause für eine neue konstitutionelle Grundlage legten Duff und Verhofstadt mit einem Entwurf für ein europäisches Grundgesetz vor, der unter anderem ein Regelwerk für einen „assozierten Status“ für das Vereinigte Königreich vorsieht (The Spinelli Group und Bertelsmann Stiftung 2013). Werden große Vertragsänderungen im Hinblick auf die wachsende Euroskepsis und im Zuge von Desintegrationsdebatten in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung nun zumeist jedoch als nahezu unmöglich abgetan, so plädiert Duff (2016b) inzwischen für Reformen durch ein Zusatzprotokoll zum Lissabonner Vertrag. Den bisherigen europäischen Verfassungsprozess zeichnen Häberle und Kotzur (2016) umfassend aus kulturwissenschaftlicher und rechtsvergleichender Perspektive nach, wobei sie – vor dem Hintergrund der Integrationskrisen – gerade die dynamische Verfassungsentwicklung beleuchten (siehe auch Marhold 2015, S. 142-143).

Neben der Diskussion um differenzierte Integration hat die politische Lage verstärkt Anlässe zu Kontroversen um Reformen der Europäischen Union häufig unter dem Stichwort „mehr“ (Habermas 2015; Habermas 2014; The Spinelli Group und Bertelsmann Stiftung 2013) und „weniger“ (Höpner 2015; Scharpf 2015a) Europa gegeben. Habermas (2015, S. 152) schlägt eine vertiefte Integration vor und fordert einen Einigungszwang zwischen gestärktem Europäischem Parlament und Europäischem Rat, um eine ausgeglichene Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedstaaten und Unionsebene zu erwirken. Scharpf (2015a) kritisiert die Analyse Habermas' und bezweifelt eine Demokratisierung des Regimes der Währungsunion. Er spricht sich gegen weitere Kompetenzübertragungen an die europäische Ebene aus. Zudem stellt er die Anwendbarkeit der deliberativen Demokratie Habermas' in der derzeitigen Krisenpolitik infrage (Scharpf 2015b). Ähnlich argumentiert Höpner (2015), der den Vorwurf des „Integrationismus“ und des „integrationistischen Fehlschlusses“ – dieser verleite in der Hoffnung auf eine europäische Identität dazu, Probleme durch vertiefte Integration zu lösen – erhebt. Unbedachte Integration führe vielmehr zu neuen „Konvergenzerfordernisse[n]“ (Höpner 2015, S. 40). Möllers (2015) argumentiert im Rahmen dieser Debatte um vertiefte Integration, dass es in einer Föderation den Schutz von nationalen Identitäten geben kann, ohne eine weitere Integration auszuschließen. Schimmelfennig (2015b, S. 34) arbeitet in einer Zusammenfassung der zahlreichen Reformpositionen die mangelnde Zustimmungsfähigkeit und das zweifelhafte Umsetzungspotential dieser heraus.

Der Bratislava-Prozess vom September 2016, in dem die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten ihren „Fahrplan“ und „Kernprioritäten“ für den weiteren Kurs der Union darlegen (Europäischer Rat 2016b), wird weiter Stoff für derartige Arbeiten zur Zukunft Europas geben.

Grundlagentexte: Der Beitrag von Standardwerken für Lehre und Forschung

Für die Lehre zum System der Europäischen Union und für vielfältige Anregungen für weitere Forschungen ist eine Reihe von Grundlagentexten und Neu-Auflagen von Standardwerken anzuzeigen. Cini und Borragán (2016) legen ihr Standardwerk „European Union Politics“ in der nunmehr fünften Auflage vor. Dabei bleiben sie dem bewährten Konzept der Einführung sowohl in den historischen Kontext, in die theoretische Debatte, als auch in die Institutionen, Akteure und Politikfelder der Europäischen Union treu. Erweitert wurde diese Auflage um einen Beitrag von Laffan (2016) zur Zukunft der Europäischen Union. Einen praxisnäheren Ansatz wählen Lelieveldt und Princen (2016) in der zweiten Auflage ihres Grundlagenwerks „The Politics of the European Union“, welches den politischen Prozess innerhalb der Union aus der Perspektive der Vergleichenden Politikwissenschaft in den Blick nimmt. Dabei erweitern die Autoren die bisherige „rational choice“ basierte Arbeit von Hix und Høyland (2011) um „weitere theoretische Ansätze“ (Lelieveldt und Princen 2016). Noch stärker auf die Politikfelder der Europäischen Union fokussiert ist die siebte Auflage von Wallace, Pollack und Youngs (2015) „Policy-Making in the European Union“, in dem sie nicht nur 18 verschiedene Politikfelder beleuchten, sondern auch das Krisenmotiv aufgreifen. Mit der 14. Auflage liegt zudem das Nachschlagewerk zur Europäischen Union „Europa A bis Z“ in aktueller Auflage vor, das mit Beiträgen unterschiedlicher Expertinnen und Experten als Grundlage für eine fundierte Auseinandersetzung mit europäischer Integration dienen kann (Weidenfeld und Wessels 2016). Mit der deutschen Europapolitik setzten sich verschiedene Autorinnen und Autoren im „Handbuch zur deutschen Europapolitik“, herausgegeben von Böttger und Jopp (2016), auseinander. Böttger und Jopp (2016, S. 16) stellen dabei für die deutsche Europapolitik fest: Das „Leitbild der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ (...) verblasst,(...) [d]ominierend bleibt aber das Leitbild der ‚Supranationalisierung‘ durch Vergemeinschaftung von Politikbereichen und des Aufbaus Europas nach föderalen Prinzipien und zunehmend (...) unter Beachtung der Subsidiarität“.

Anstöße aus politischen Strategiekonzepten: „Global Strategy for the European Union’s Foreign And Security Policy“

Wie über die Lebenszeit der wissenschaftlichen Diskussion zum Integrationsprozess regelmäßig zu beobachten ist, gibt es immer wieder politisch mandatierte Konzepte, die zumindest indirekt auf wissenschaftlichen Annahmen beruhen und durch ihre politische Relevanz Gegenstand von Analysen und Bewertung werden. Vom Tindemans-Bericht in den siebziger Jahren (Tindemans 1975) bis hin zum Bericht der fünf Präsidenten zur Weiterentwicklung der Währungsunion (Juncker et al. 2015) gaben offizielle Berichte anregende Anstöße für vertiefte wissenschaftliche Diskussionen.

Ein jüngerer Beispiel bildet die Globale Strategie der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik (Mogherini 2016). Sie untersucht die globalen Herausforderungen für die Europäische Union und formuliert Merksätze für eine „Global Strategy“ der Union. Dabei bietet sie einen dreifachen-(triple)-C-Ansatz für eine Lageanalyse („more complex, more connected, more contested“) und ebenfalls einen dreifachen-(triple)-C

Ansatz für Strategieempfehlungen („common, comprehensive and consistent“). Für den politischen Raum werden außer bekannten Forderungen allgemeiner Art keine konkreten Vorschläge unterbreitet; für die wissenschaftliche Diskussion ist es schwierig, die Grundannahmen zu identifizieren und zu verorten. Doch auch das Amt der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik selbst wurde von Ondarza und Scheler (2015) aus aktorszentrierter Sicht analysiert. Helwig (2015) sieht die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik als „agent“ (Handlungsbeauftragte der Regierungen) mit starken Einschränkungen. Erste Stimmen sind dann voraussehbar skeptisch: Keinen wirklichen Durchbruch erkennen Berton et al. (2016), einen „moderaten“ Ansatz sieht Grevi (2016). Im Vorfeld formulierten Raik et al. (2015) den Anspruch, die Priorisierung der Außen- und Sicherheitspolitik klar auf die Sicherheit der Union sowie ihrer Bürgerinnen und Bürger zu legen. In der anschließenden Debatte wurde die bislang unterrepräsentierte „thematische und institutionelle Interaktion“ (Kempin und Scheler 2016, S. 26), als auch die sicherheitspolitischen Verbindungen der Europäischen Union mit der North Atlantic Treaty Organization (NATO) kritisch in den Blick genommen (Bendiek 2016). Im Kontext von Analysen zur Rolle der Europäischen Union im internationalen System wurden die zuständigen Agenturen der Europäischen Union in der inneren und äußeren Sicherheit bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen beleuchtet (Kietz und von Ondarza 2016; Balfour et al. 2015). Deutlich wird erneut, dass ein Spagat zwischen einem politisch konsensfähigen Entwurf und einer solide fundierten Analyse nicht einfach zu unternehmen ist.

Beziehungen zur Türkei: Eine Schlüsselfrage

Die seit der unmittelbaren Nachkriegszeit so nie dagewesene Flüchtlingsproblematik ließ auch die Analyse der Beziehungen der Europäischen Union zur Türkei als ‚strategischem Partner‘ verstärkt aufleben. Der gemeinsame EU-Türkei-Aktionsplan vom Herbst 2015 (Europäische Kommission 2015) und die Erklärung EU-Türkei vom Frühjahr 2016 (Europäischer Rat 2016a) waren dabei nicht nur in der politischen Diskussion präsent, sondern auch Gegenstand wissenschaftlicher Analysen (Kale 2016).

Einen wesentlichen Beitrag will das Forschungsprojekt „FEUTURE: The Future of EU-Turkey Relations: – Mapping Dynamics and Testing Scenarios“ (FEUTURE 2016) leisten, das drei „ideal-typische Szenarien“ für die „zukünftigen Türkei-EU-Beziehungen“ aufzeigt und zur Diskussion stellt: Das Konflikt-Szenario mit zunehmender Entfremdung, das Kooperations-Szenario mit einer Zusammenarbeit ohne Mitgliedschaft der Türkei und das Konvergenz-Szenario mit einer türkischen Mitgliedschaft und eventueller interner Differenzierung. Unter Nutzung von Ansätzen der „Narrative-Forschung“ betrachten Hauge und Wessels (2015) die EU-Türkei-Beziehungen. Ebenso nimmt das Forschungsprojekt TRIANGLE die Institutionen und Narrative der EU-Türkei-Beziehungen in den Fokus wissenschaftlicher Analysen, um Szenarien für die Zukunft dieser Beziehungen herzuleiten (CETEUS 2016). Mit Bezug auf diese Beziehungen sieht Helwig (2016) den allgemeinen Trend einer stärkeren deutschen Führung in der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik bestätigt. Betont wird, dass die geographische „Nähe zu den Krisen der MENA-Region“ eine besondere Herausforderung für die Europa-Türkei-Beziehungen darstellt, die durch die innenpolitische Lage der Türkei verstärkt würden (Büyükbay und Reiners 2016). Turhan (2016) beschreibt umfassend – in Anbetracht der schwierigen Lage und der hohen Relevanz der Beziehungen zur Türkei – den bisherigen Beitrittsprozess und die damit einhergehenden Schwierigkeiten. Verstärkt untersucht wird auch der türkische Einfluss bei der „Umgestaltung“ der Europäischen Union (Müftüler-Baç 2016). Rumelili (2015)

verbindet die Außenbeziehungen der Europäischen Union mit der Türkei mit der Frage nach europäischer Identität. Auch der Regierungsstil unter der Präsidentschaft Recep Tayyip Erdoğan und mögliche Auswirkungen auf die türkisch-europäischen Beziehungen finden weiten Widerhall in der wissenschaftlichen, aber auch politischen Auseinandersetzung (Lau 2016). Die Analysen der Beziehungen der Europäischen Union mit der Türkei lassen darauf schließen, dass diese auch in Zukunft höchst relevant für eine Bewertung der Nachbarschaftspolitik der Union sein werden (Turhan 2016).

Euroskeptizismus und (Rechts-)Populismus

Mehr noch als in den Jahren davor beschäftigten sich sozialwissenschaftliche Forschungen mit dem Phänomen des wachsenden Euroskeptizismus und (Rechts-)Populismus als einem wesentlichen Faktor der Krise. Konstatiert wird eine zunehmende Schwächung des europäischen Grundkonsenses: Ein „constraining dissensus“ (Hooghe und Marks 2009) löst einen „permissive consensus“ ab (Inglehart 1970). Genutzt werden Konzepte und Methoden, die für das Studium von Parteien und öffentlicher Meinungen entwickelt wurden. In den „Mainstream“ gerückt sehen Brack und Startin (2015) den Euroskeptizismus, den sie auch in den Institutionen der Union verorten. Diesen Euroskeptizismus sehen Eichenberger et al. (2015) in der starken Abweichung von Politikerinnen und Politikern von den Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger in vielen Politikbereichen, was die Repräsentativität politischer Entscheidungen allgemein infrage stelle, begründet. Einen anderen Trend analysiert Streeck (2016), wenn er den Politikstil der Bundeskanzlerin als „asymmetrische Demobilisierung“ kennzeichnet, welche typologisch für die Wendungen politischer Führungspersonlichkeiten stünde. Diese Wendungen nach der öffentlichen Meinung, vermarktet als persönliche Katharsis, stünden sinnbildlich für eine Politik der Beliebtheit, die eine klare wertebasierte Linie vermissen lasse und so zunehmend zur politischen Frustration der Bürgerinnen und Bürger führe (Streeck 2016).

Kritik an vertiefter Integration und deren positiver Perzeption üben Bickerton et al. (2016, S. 37), wenn sie europäische Integration als widersprüchlich und instabil charakterisieren. In ähnlicher Denkrichtung sieht Polyakova (2015) im wachsenden Euroskeptizismus eine direkte Folge europäischer Integration. Auf einer Meta-Ebene analysiert Leconte (2015) den normativen Charakter der wissenschaftlichen Debatte um den Euroskeptizismus und stellt ebenfalls einen „pro-Integrations-Bias“ in den Europäische Union-Wissenschaften fest. Gleichzeitig entwirft sie theoriegeleitete Forschungsaufgaben, um den Euroskeptizismus mit notwendiger Distanz zu untersuchen.

Als relevant für die Analysen des Euroskeptizismus werden zudem allgemeine Trends innerhalb der Gesellschaften der Nationalstaaten gesehen. So stellen Decker et al. (2016) wachsende ausländerfeindliche und chauvinistische Tendenzen nicht nur in der deutschen Gesellschaft fest, diese werden auch für die ganze Union zum Gegenstand der wissenschaftlichen Debatte (Wodak und Boukala 2015). Dabei werden neben der zunehmenden Skepsis innerhalb Europas auch die Spaltungen nationaler Gesellschaften in den Blick genommen und rechtspopulistische, euroskeptische Tendenzen gerade in den prekären, aber auch in den kapitalkräftigen Teilen nationaler Gesellschaften verortet (Cautrés 2015). Weiter geht Lübke (2016), der die neuen Populismen – gerade im Bereich der Auseinandersetzung mit dem Islam – auch zunehmend im etablierten Parteienspektrum europäischer Gesellschaften verortet. Doch ist die Feststellung steigender rechtspopulistischer Kräfte

nicht unumstritten. Der Meinungsforscher Petersen (2016) sieht keine Zunahme populistischer Haltungen in langfristigen Erhebungen, vielmehr eine verstärkte Sichtbarkeit durch neue populistische Parteien. Die Debatte um steigende xenophobe Tendenzen wird eng verknüpft mit den Einflüssen und der Bildung einer europäischen Identität.

Ausblick: Noch mehr Anstöße

Langweilig wird die wissenschaftliche Debatte um die Europäische Union nicht. An Anstößen aus dem politischen Raum wird es nicht mangeln – wie der Bratislava-Prozess mit einer langen Liste von Vorhaben erneut unterstreicht (Europäischer Rat 2016b). Weiter belebt wird die Diskussion durch erhebliche und fundamentale Kontroversen um die Analyse der (Fehl-)Entwicklungen und Strategien zur Weiterentwicklung: Erkennbar wird aber auch, dass die akademische Landschaft – wie die Union selbst – zunehmend unübersichtlich wird.

Weiterführende Literatur

- Rebecca Adler-Nissen: Towards a Practice Turn in EU Studies: The Everyday of European Integration, in: *Journal of Common Market Studies* 1/2015, S. 87-103.
- Ronald G. Asch: „This realm of England is an empire“: Die Krise der EU, das Brexit-Referendum und die europäische Rechtsgemeinschaft, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 2/2016.
- Richard Baldwin/Francesco Giavazzi (Hrsg.): *The Eurozone Crisis: A Consensus View of the Causes and a Few Possible Solutions*, London 2015.
- Rosa Balfour/Caterina Carta/Kristi Raik (Hrsg.): *The European External Action Service and National Foreign Ministries. Convergence and Divergence?*, Farnham 2015.
- Annegret Bendiek: *The Global Strategy for the EU's Foreign and Security Policy*, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016.
- Beatrice Berton/Alice Ekman/Juliane Schmidt/Joren Selleslaghs/Gerald Stang/Luk Van Langenhove: The EU Global Strategy: going beyond effective multilateralism? in: *EPC Discussion Paper*, June 2016, abrufbar unter: <http://aei.pitt.edu/76463/> (letzter Zugriff: 27.7.2016).
- Christopher J. Bickerton/Dermot Hodson/Uwe Puetter (Hrsg.): *The new intergovernmentalism: states and supranational actors in the post-Maastricht era*, Oxford 2016.
- Jens-Hinrich Binder/Christos V. Gortsos.: *The European Banking Union. A Compendium*, Baden-Baden 2016.
- Manuela Boatcă: Multiple Europas und die interne Politik der Differenz, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 52/2015, S. 49.
- Vernon Bogdanor: Britain and Europe, in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 2/2016.
- Winfried Böttcher: *Nachdenken über Europa*, Baden-Baden 2016.
- Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Europapolitik*, Baden-Baden 2016.
- Nathalie Brack/Nicholas Startin: Introduction: Euroscepticism, from the margins to the mainstream, in: *International Political Science Review* 3/2015, S. 239-249.
- Markus K. Brunnermeier/Ricardo Reis: A Crash Course on the Euro Crisis, abrufbar unter: http://scholar.princeton.edu/sites/default/files/01b%20EuroCrashCourse_slides_0.pdf (letzter Zugriff: 21.10.2016).
- Simon Bulmer/Jonathan Joseph: European integration in crisis? Of supranational integration, hegemonic projects and domestic politics, in: *European Journal of International Relations* 2/2015, S. 1-24.
- Bundesverfassungsgericht: Urteil des Zweiten Senats vom 21. Juni 2016, abrufbar unter: http://www.bverfg.de/ers20160621_2bvr272813.html (letzter Zugriff: 20.7.2016).
- Can Büyükbay/Wulf Reiners: Germany's Turkey policy in troubling times: A necessary partner for Europe in an unstable region? in: Niklas Helwig (Hrsg.): *Europe's New Political Engine. Germany's role in the EU's foreign and security policy*, 2016.
- Christian Calliess: A New Institutional Design for the Governance of the Eurozone and the European Union? Deficits and Proposals, in: *Berliner Online-Beiträge zum Europarecht*, 2014, abrufbar unter: <http://eu-salon.eu/a-new-institutional-design-for-the-governance-of-the-eurozone-and-the-european-union/> (letzter Zugriff: 22.7.2016).

- Enzo Cannizzaro: Disintegration Through Law? In: European Papers 1/2016, S. 3-6.
- Jeronim Capaldo: The Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership: European Disintegration, Unemployment and Instability, in: *Economia & lavoro* 2/2015, S. 35-56.
- Sergio Carrera/Elsbeth Guild/Ngo Chun Luk: What does Brexit mean for the EU's Area of Freedom, Security and Justice? in: Centre for European Policy Studies 2016, abrufbar unter: <https://www.ceps.eu/publications/what-does-brex-it-mean-eu%E2%80%99s-area-freedom-security-and-justice> (letzter Zugriff: 27.7.2016).
- Bruno Cautrés: L'Enquête Électorale Française: Comprendre 2017, in: *SciencesPo La Note* 5, 2015.
- Centre for European Policy Studies: Shifting EU Institutional Reform into High Gear, 2014, abrufbar unter: <https://www.ceps.eu/system/files/HLG%20report%20on%20EU%20Institutional%20Reform%20with%20covers%20rev.pdf> (letzter Zugriff: 22.7.2016).
- Centre for Turkey and European Union Studies at the University of Cologne, 2016, abrufbar unter: <http://www.ceteus.uni-koeln.de/> (letzter Zugriff: 10.10.2016).
- Jeffrey T. Checkel: Constructivism and EU Politics, in: Knud Erik Jørgensen/Mark A. Pollack/Ben Rosamond (Hrsg.): *Handbook of European Union Politics*, London 2007.
- Thierry Chopin/Christian Lequesne: Differentiation as a double-edged sword: member states' practices and Brexit, in: *International Affairs* 3/2016, S. 531-545.
- Michelle Cini/Nieves Pérez-Solórzano Borrágán (Hrsg.): *European Union Politics*, Oxford 2016.
- Benoît Cœuré: „Menschen sind nicht nur Sparrer“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 1.5.2016.
- Luigi Corrias: National Identity and European Integration: The Unbearable Lightness of Legal Tradition, in: *European Papers* 2/2016.
- Marek Dabrowski: Brexit and the EU-UK deal: consequences for the EU, 2016.
- Georg Datler: European identity as a safeguard against xenophobia? A differentiated view based on identity content, in: Jürgen Grimm/Peter Schmidt/Josef Seethaler/Leonie Huddy (Hrsg.): *Dynamics of National Identity: Media and Societal Factors of What We Are*, London und New York 2016, S. 229-255.
- Oliver Decker/Johannes Kiess//Elmar Brähler: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, 2016, abrufbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2016-06-mitte_studie_uni_leipzig.pdf (letzter Zugriff: 1.7.2016).
- Renaud Dehousse: *The New Supranationalism*, Montreal 2015.
- Dan Diner: Sind wir wieder im 19. Jahrhundert? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.9.2016.
- Andrew Duff: Everything you need to know about Article 50 (but were afraid to ask), 2016a, abrufbar unter: <http://verfassungsblog.de/brexit-article-50-duff/> (letzter Zugriff: 23.9.2016).
- Andrew Duff: *The Protocol of Frankfurt: a new treaty for the eurozone*, Brussels 2016b.
- Sebastian Dullien: Die Europäische Währungsunion: Viel reformiert, aber noch nicht am Ziel, in: *Wirtschaftsdienst* 8/2016, S. 541-546, 2016.
- Thomas Duttler: *Differentiated Integration at the EU Member State Level*, Baden-Baden 2016.
- Economic & Social Research Council: *The UK in a Changing Europe*, 2016, abrufbar unter: <http://ukandeu.ac.uk/> (letzter Zugriff: 23.7.2016).
- Reiner Eichenberger/Marco Portmann/David Stadelmann: Wie Politiker das Volk vertreten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.6.2016.
- Mette Eilstrup-Sangiovanni (Hrsg.): *Debates on European Integration. A Reader*, Houndmills/New York 2006.
- Mark Elliott: Nur die Ruhe!, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.6.2016.
- Henrik Enderlein: Eine Generalüberholung für den Euro, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.3.2016.
- Annegret Eppler/Henrik Scheller: *Zur Konzeptionalisierung europäischer Desintegration. Zug- und Gegenkräfte im europäischen Integrationsprozess*, Baden-Baden 2013.
- EurActiv.de mit AFP: Stiglitz: „Der leichteste Weg wäre es, wenn Deutschland Europa verlässt.“, 15.9.2016.
- European Commission: EU-Turkey joint action plan, 2015, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5860_en.htm (letzter Zugriff: 15.7.2016).
- Europäischer Rat: Erklärung EU-Türkei, 18. März 2016, Brüssel 2016a, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18-eu-turkey-statement/> (letzter Zugriff: 15.7.2016).
- Europäischer Rat: Erklärung von Bratislava, Brüssel 2016b, abrufbar unter: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/09/pdf/160916-bratislava-declaration-and-roadmap/> (letzter Zugriff: 24.09.2016).
- Europäischer Rat: Schlussfolgerungen. 18. und 19. Februar 2016, Brüssel 2016c.

- Federico Fabbrini: From Executive Federalism to Executive Government, in: Federico Fabbrini (Hrsg.): *Economic Governance in Europe: Comparative Paradoxes and Constitutional Challenges*, Oxford 2016a.
- Sergio Fabbrini: The constitutional conundrum of the European Union, in: *Journal of European Public Policy* 1/2016, 2016b, S. 84-100.
- Lars Feld/Christoph Schmidt/Isabel Schnabel/Volker Wieland: Causes of the Eurozone Crisis: A nuanced view, 2016, abrufbar unter: <http://voxeu.org/article/causes-eurozone-crisis-nuanced-view> (letzter Zugriff: 22.6.2016).
- Maurizio Ferrera: From Bad to Good Pupil? Italy's Journey (and Voice) through the Euro Crisis, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 2016.
- FEUTURE, 2016, abrufbar unter: <http://www.feuture.eu> (letzter Zugriff: 27.7.2016).
- John Erik Fossum: Democracy and Legitimacy in the EU: Challenges and Options, in: *Governing Europe* (Hrsg.), 2016.
- Klaus-Dieter Frankenberger: Camerons Drama, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.2.2016.
- Marcel Fratzscher: Das große Missverständnis. Die Kritiker der Europäischen Zentralbank verkennen, dass diese nicht wie die Bundesbank agieren kann, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.6.2016.
- Marcel Fratzscher/Reint Gropp/Hans-Helmut Kotz/Jan Krahn/Christian Odendahl/Beatrice Weder di Mauro/Guntram Wolff: Kritik an Draghi ist noch keine Lösung, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 10.4.2016.
- Francis Fukuyama: Demokratie Stifet keine Identität, in: *DIE ZEIT*, 17.3.2016.
- Georgi Gotev: Verhofstadt slams Tusk for 'not doing his job', in: *Euractiv.com*, 8.9.2015.
- Giovanni Grevi: A Global Strategy for a soul-searching European Union, in: *EPC Discussion Paper 13 July 2016*, abrufbar unter: <http://aei.pitt.edu/77654/> (letzter Zugriff: 28.8.2016).
- Peter Häberle/Markus Kotzur (Hrsg.): *Europäische Verfassungslehre*, Baden-Baden 2016.
- Jürgen Habermas: Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: *Leviathan* 4/2014, S. 524-538.
- Jürgen Habermas: Der Demos der Demokratie - eine Replik, in: *Leviathan* 2/2015, S. 145-154.
- Harald Hagemann/Jürgen Kromphardt (Hrsg.): *Für eine bessere gesamt-europäische Wirtschaftspolitik*, Marburg 2015.
- Rainer Hank: Wer kann Mario Draghi stoppen? in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 3.4.2016.
- Pierre Hassner: *La Revanche des Passions*, Paris 2015.
- Hanna-Lisa Hauge/Wolfgang Wessels: EU-Turkey Relations and the German Perspective, in: *Elif Nuroglu/Meydanoglu Bayrak/Sibel Ela/Enes Bayrakli* (Hrsg.): *Turkish German Affairs from an Interdisciplinary Perspective*, Frankfurt am Main 2015.
- Ryan Heath: Power matrix: Ranking Europe's leaders and ambassadors, 2016.
- Ryan Heath/Florian Eder: Brussels power struggle over Brexit negotiations. Commission and Council both want to be in charge of British divorce talks, 2016.
- Niklas Helwig: The High Representative of the Union: The constrained agent of the Europe's foreign policy, Köln 2015.
- Niklas Helwig (Hrsg.): *Europe's New Political Engine. Germany's role in the EU's foreign and security policy*, Helsinki 2016.
- Michael Hesse: Optimist und scharfer Kritiker, in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 16.3.2016.
- Ognian N Hishow: Eine Bankenunion für die Europäische Währungsunion, *Stiftung Wissenschaft und Politik*, 2016.
- Simon Hix/Bjørn Høyland: *The Political System of the European Union*, Houndmills 2011.
- Oliver Höing: Weder Stabilitäts- noch Transferunion: Der Europäische Stabilitätsmechanismus in einer reformierten Währungszone, in: *integration* 1/2016, S. 17-31.
- Liesbet Hooghe/Gary Marks: A postfunctionalist theory of European integration: From permissive consensus to constraining dissensus, in: *British Journal of Political Science* 1/2009, S. 1-23.
- Martin Höpner: Der integrationistische Fehlschluss, in: *Leviathan* 1/2015, S. 29-42.
- Martin Höpner/Fritz Scharpf/Wolfgang Streeck: Europa braucht die Nation, in: *Die ZEIT*, 15.9.2016.
- Martin Höpne/Alexander Spielau: Diskretionäre Wechselkursregime. Erfahrungen aus dem Europäischen Währungssystem, 1979-1998, in: *MPIfG Discussion Paper* 11/2015.
- Ronald Inglehart: Public Opinion and Regional Integration, in: *International Organization* 4/1970, S. 764-795.

- Ottmar Issing: „Als EZB-Kritiker kommt man sich vor wie in einem gallischen Dorf“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.5.2016.
- Jean-Claude Juncker/Donald Tusk/Jeroen Dijsselbloem/Mario Draghi/Martin Schulz: Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden, 2015, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/5-presidents-report_de_0.pdf (letzter Zugriff: 28.8.2016).
- Basak Kale: The EU-Turkey Action Plan is Imperfect, But Also Pragmatic and Maybe Even Strategic, in: German Marshall Fund of the United States, 2016.
- Ronja Kempin/ Ronja Scheler: Vom „umfassenden“ zum „integrierten Ansatz“, Notwendige Schritte zur Weiterentwicklung der EU-Außenbeziehungen am Beispiel der Sahelzone und des Horns von Afrika, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016.
- Paul Kennedy: The Rise and Fall of the Great Powers, New York 1987.
- Daniela Kietz/Nicolai von Ondarza: Sicherheit delegieren, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016.
- Ian Klinke: European Geopolitics After the Crisis, in: Geopolitics 20/2015, S. 479-483.
- Beate Kohler-Koch/Berthold Rittberger: Review article: The „Governance Turn“ in EU Studies, in: Journal of Common Market Studies 44, Annual Review 2006, S. 27-49.
- Tim Krieger/Bernhard Neumärker/Diana Panke: Europe's Crisis. The Conflict-Theoretical Perspective, Baden-Baden 2015.
- Sandra Kröger/David Friedrich: Special Issue: The representative turn in EU studies, in: Journal of European Public Policy 2/2013, S. 155-307.
- Hans Kundnani: German Power. Das Paradox der deutschen Stärke. München 2016.
- Brigid Laffan: The Future of the EU, in: Michelle Cini und Nieves Pérez-Solórzano Borroán (Hrsg.): European Union Politics, Oxford 2016.
- Jörg Lau: Die neuen Autoritäten, in: DIE ZEIT, 12.5.2016.
- Cécile Leconte: From pathology to mainstream phenomenon: Reviewing the Euroscepticism debate in research and theory, in: International Political Science Review 3/2015, S. 250-263.
- Zoe Lefkofridi/Philippe C. Schmitter: Transcending or Descending? European Integration in Times of Crisis, in: European Political Science Review 1/2015, S. 3-22.
- Herman Lelieveldt/Sebastiaan Princen: The Politics of the European Union, Cambridge 2016.
- Wolf Lepenies: „Die Macht am Mittelmeer“. Französische Träume von einem anderen Europa, München 2016.
- Benjamin Leruth/Christopher Lord: Differentiated integration in the European Union: a concept, a process, a system or a theory? in: Journal of European Public Policy 6/2015, S. 754-763.
- Leon N. Lindberg/Stuart A. Scheingold: Europe's Would-Be Polity. Englewood Cliffs 1970.
- Barbara Lippert: Deutsche Europapolitik zwischen Tradition und Irritation. Beobachtungen aus aktuellem Anlass, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015.
- Barbara Lippert/Nicolai von Ondarza: Bexiting into Uncharted Waters, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016.
- Wilfried Loth: Die "Kerneuropa"-Idee in der europäischen Diskussion, in: Zeitschrift für die Geschichte der Europäischen Integration 2/2015, S. 203-216.
- Hermann Lübke: Der verspätete Kontinent, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.6.2016.
- Norbert Maliszewski: Polish clash: Should Tusk stay or go, in: Politico.eu, 3.5.2016.
- Ian Manners/Philomena Murray: The End of a Noble Narrative? European Integration Narratives after the Nobel Peace Prize, in: Journal of Common Market Studies 1/2015, S. 185-202.
- Hartmut Marhold: Die EU-Krisenpolitik: Chaos oder Kosmos? Abkehr vom Neoliberalismus und inkrementalistische Föderalisierung, Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung, Tübingen 2015.
- Victoria Martin de la Torre: Europe, a Leap into the Unknown, Brüssel 2014.
- Paul Mason: „Der Kapitalismus hat keine Zukunft“, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 18./19.6.2016.
- Eric Maurice: Brexit vote irreversible, say EU leaders, 2016, abrufbar unter: <https://euobserver.com/uk-referendum/134099> (letzter Zugriff: 29.6.2016).
- Thomas Mayer: Die EZB ist auf dem Irrweg, 2016a, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 8.5.2016.
- Thomas Mayer: Die Lehren aus dem Brexit, 2016b, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 26.6.2016.
- Kathleen McNamra/Matthias Matthijs: The Euro Crisis' Theory Effect: Northern Saints, Southern Sinners, and the Demise of the Eurobond, in: Journal of European Integration 2/2015, S. 229-245.
- Giles Merritt: Frankly Speaking - Brexit calls for urgent EU reform, 2016.

- Alberto Miglio: Schengen, Differentiated Integration and Cooperation with the 'Outs', in: *European Papers* 1/2016, S. 139-148.
- Federica Mogherini: Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy, 2016, abrufbar unter: https://europa.eu/globalstrategy/sites/globalstrategy/files/eugs_review_web.pdf (letzter Zugriff: 22.07.2016).
- Dietrich Murswiek: Die Eurokrise vor dem Bundesverfassungsgericht: „Euro-Rettungsschirm“, Europäischer Stabilitätsmechanismus und Rettungsmaßnahmen der EZB: Dokumentation der Schriftsätze und systematische Einführung, Baden-Baden 2016.
- Christoph Möllers: Krisenzurechnung und Legitimationsproblematik in der Europäischen Union, in: *Leviathan* 3/2015, S. 339-364.
- Meltem Müftüler-Baç: Divergent Pathways: Turkey and the European Union. Re-Thinking the Dynamics of Turkish-European Union Relations, Leverkusen-Opladen 2016.
- Johannes Müller Gómez/Wolfgang Wessels: The Spitzenkandidaten Procedure: Reflecting on the Future of an Electoral Experiment, in: *IAI Working Papers* 8/2016.
- Herfried Münkler: Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg 2015.
- Tibor Navracsics: Europa – eine Bedrohung für die nationale Identität? in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.9.2016.
- Angelika Nussberger: Was ist Europa? Europa lässt die Herzen kalt und ist doch eine Herzensangelegenheit. Es ist ein Paradoxon, dessen Wertekorsett in Gefahr ist. Zeit für eine Liebeserklärung, in: *FAZ.net*, 14.9.2016.
- Steve Peers: Brexit. Oxford 2016.
- Thomas Petersen: Die Welt der Wutbürger, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.5.2016.
- Philip Plickert/Joachim Jahn: Karlsruhe verhandelt über das EZB-Notprogramm, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.2.2016.
- Philip Plickert/Hendrik Wieduwilt: In Kauf genommen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.6.2016.
- Alina Polyakova: The Dark Side of European Integration, New York 2015.
- Uwe Puetter: The European Council and the Council. New intergovernmentalism and institutional change, Oxford 2014.
- Kristi Raik/Niklas Helwig/Tuomas Iso-Markku: Crafting the EU Global Strategy, in: *FIIA Briefing Paper* 188, 2015.
- Wolfgang Reinhard: Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415-2015, München, 2016a.
- Wolfgang Reinhard: Von der Expansion zur Krise, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.9.2016, 2016b.
- Anja Riedeberger: Die EU zwischen einheitlicher und differenzierter Integration, Wiesbaden 2016a.
- Anja Riedeberger: Die Ideengeschichte der differenzierten Integration, in: Anja Riedeberger (Hrsg.): Die EU zwischen einheitlicher und differenzierter Integration, Wiesbaden 2016b, S. 19-51.
- Bahar Rumelili: Who Are the European? What Is Europe?: The Identity Challenges of an Evolving Policy, Open Society Institute 2015.
- Sabine Saurugger/Fabien Terpan (Hrsg.): Crisis and Institutional Change in Regional Integration, London und New York 2016.
- Fritz W. Scharpf: Das Dilemma der supranationalen Demokratie in Europa, in: *Leviathan* 1/2015, S. 11-28 2015a.
- Fritz W. Scharpf: Deliberative Demokratie in der europäischen Mehrebenenpolitik – eine zweite Replik, in: *Leviathan* 2/2015, S. 155-165, 2015b.
- Henrik Scheller/Annegret Eppler: European Disintegration – non-existing Phenomenon or a Blind Spot of European Integration Research? Preliminary Thoughts for a Research Agenda, 2014.
- Frank Schimmelfennig: Liberal intergovernmentalism and the euro area crisis, in: *Journal of European Public Policy* 2/2015, S. 177-195, 2015a.
- Frank Schimmelfennig: Mehr Europa – oder weniger? Die Eurokrise und die europäische Integration, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen* 52/2015, S. 28-34, 2015b.
- Frank Schimmelfennig/Dirk Leuffen/Berthold Rittberger: The European Union as a system of differentiated integration: interdependence, politicization and differentiation, in: *Journal of European Public Policy* 6/2015, S. 764-782.

- Thomas Schmid: Falsche Freunde. Homogener, integrierter und gleicher - wer das für die EU fordert, schadet der europäischen Idee, in: Die ZEIT, 15.9.2016.
- Heinrich Schneider: „Europäische Identität“ – Ist das Thema abschiedsreif? Oder nötigen die Krisen zu einem neuen Begriffsverständnis?, in: *integration* 4/2015, S. 306.
- Hans-Peter Schwarz: Die Zentralmacht Europas, Berlin 1994.
- Martin Seidel: Das Bundesverfassungsgericht im System des Europäischen Unionsrechts, in: Daniela Heid/Rüdiger Stotz/Arsène Verny: Festschrift für Manfred A. Daus zum 70. Geburtstag, München 2014, S. 385-394.
- Martin Seidel: Aufhebung der angeblich >>unumkehrbaren<< (>>irreversiblen<<) Europäischen Währungsunion und Substituierung durch ein neues europäisches Währungssystem, in: *ifo Schnelldienst* 6/2015, S. 9-22, 2015a.
- Martin Seidel: Europas Finanz- und Staatsschuldenkrise – Auswirkungen auf die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie in der Europäischen Union, in: Cordula Stumpf/Friedemann Kainer/Christian Baldus (Hrsg.): *Privatrecht, Wirtschaftsrecht, Verfassungsrecht. Privatinitiative und Gemeinwohlorizonte in der europäischen Integration*, 2015b.
- Hans-Werner Sinn/Gunther Schnabl: Ein Alternativplan für Europa, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 17.4.2016.
- Holger Steltzner: Kritik an und aus der EZB, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.4.2016.
- Joseph Stiglitz: Europa spart sich kaputt. Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht, München 2016.
- Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.): *Der Anfang vom Ende? Formen differenzierter Integration und ihre Konsequenzen*, Baden-Baden 2015.
- Wolfgang Streeck: *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.
- Wolfgang Streeck: Warum der Euro Europa spaltet statt es zu einigen, in: *Leviathan* 3/2015, S. 365-387.
- Wolfgang Streeck: Merks neue Kleider, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.5.2016.
- Wolfgang Streeck/G. Battiston: The euro, a political error: Interview, 2015.
- Wolfgang Streeck/Lea Elsässer: Monetary disunion: the domestic politics of euroland, in: *Journal of European Public Policy* 1/2016, S. 1-24.
- Roland Sturm: Deutschland auf dem Weg zum ungeliebten Hegemon? *Politikum*, 2015.
- Jan Techau: *The real reason for EU Treaty change*, Carnegie Europe, 2015.
- Funda Tekin: *Brexit or No Brexit? Political and Institutional Implications of an EU without the UK*, in: *Istituto Affari Internazionali Working Papers* 2016.
- Mario Teló/Louise Fawcett (Hrsg.): *Interregionalism and the European Union*, Farnham 2015.
- The Spinelli Group/Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *A Fundamental Law of the European Union*, Gütersloh 2013.
- Leonard C. Tindemans: Report by Mr. Leo Tindemans, Prime Minister of Belgium, to the European Council, 1975, abrufbar unter: <http://aei.pitt.edu/942/> (letzter Zugriff: 24.10.2016).
- Robert Toulemon: *Contre l'anarchie mondiale, la démocratie*, in: *futuribles. L'anticipation au service de l'action* 2016, S. 71-83.
- Loukas Tsoukalis: *In Defence of Europe. Can the European Project Be Saved?*, Oxford 2016.
- Ebru Turhan: Turkey's EU accession process: do member states matter?, in: *Journal of Contemporary European Studies* 2016.
- Peter van Ham: *Brexit: Strategic Consequences for Europe. A Scenario Study*, Netherlands Institute of International Relations 2016.
- Hans Vollaard: Explaining European disintegration, in: *Journal of Common Market Studies* 2/2014, S. 1142-1159.
- Nicolai von Ondarza: Core Europe and the United Kingdom. Risks, Opportunities and Side-effects of the British Reform Proposals, in: *SWP Comments* 6/2016.
- Nicolai von Ondarza/Ronja Scheler: Die Hohe Vertreterin als Stimme der EU – eine Evaluation fünf Jahre nach 'Lissabon', in: *integration* 2/2015, S. 129-145.
- Helen Wallace/Mark A. Pollack/Alasdair R. Young (Hrsg.): *Policy-Making in the European Union*, Oxford 2015.
- Douglas Webber: How likely is it that the European Union will disintegrate? A critical analysis of competing theoretical perspectives, in: *European Journal of International Relations* 2/2014, S. 341-365.

- Werner Weidenfeld/Alexander Armbruster: Wie schlecht geht es der EU? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.6.2016.
- Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der Europäischen Integration, Baden-Baden 2016.
- Wolfgang Wessels: The European Council, Houndmills 2016.
- Hendrik Wieduwilt: Jetzt kommt der Ordnungsruf aus Karlsruhe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.6.2016.
- Antje Wiener/Thomas Dietz: Introducing the Mosaic of Integration Theory, in: Antje Wiener/Thomas Dietz (Hrsg.): Theories of European Integration: Past, Present and Future, Oxford 2004.
- Helmut Willke: Demokratie in Zeiten der Konfusion, Berlin 2014.
- Heinrich A. Winkler: Geschichte des Westens: Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 2016.
- Ruth Wodak/Salomi Boukala: European identities and the revival of nationalism in the European Union: A discourse historical approach, in: Journal of Language and Politics Discourse analysis, policy analysis, and the borders of EU identity 2015, S. 87-109.
- Volker Zastrow: Hello Goodbye. Die Europäische Union bringt ihre Gegner nicht selbst hervor. Das ist nur deren Behauptung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.6.2016.